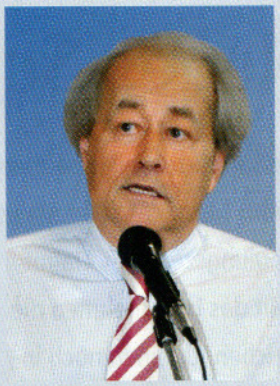
Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

Der Wille des Volkes

Die griechische Tragödie geht weiter. Ein erstaunlich unkritischer Bundestag hat den mehr als faulen Verhandlungskompromiss den Athen in Brüssel erreicht hat, mit großer Mehrheit ziemlich entspannt durchgewunken. Als generöse Gegenleistung angeboten hatte die neue griechische Regierung blanke Selbstverständlichkeiten. Zur überfälligen Bekämpfung von Korruption, Vetternwirtschaft und Steuerhinterziehung gibt es bisher nur wohlfeile Lippenbekenntnisse. Mit seiner Zustimmung hat das deutsche Parlament den Willen des Volkes eklatant missachtet. Denn: Etwa 80% der Bundesbürger sind – einer Umfrage zufolge – gegen die Verlängerung der Finanzhilfen für Griechenland. Der griechische Finanzminister hatte schon im Sommer 2014 – damals noch nicht im Amt – erklärt, dass Griechenland seine Schulden niemals zurückzahlen werde. Die Bundesregierung scheint das nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Ad absurdum

Nie zuvor hat es eine Regierung geschafft, ihr Land in so kurzer Zeit in die Rezession zu führen. Noch vor vier Monaten schien sich Griechenland ganz allmählich auf dem Weg der wirtschaftlichen Besserung zu bewegen. Das tiefste Tal der Tränen schien durchschritten. Dann kam die neue Links-Rechts-Regierung und ließ keinen Stein aufeinander. Zentraler Vorsatz war, die europäischen Partner zu zwingen, die zum Teil exotischen Wahlkampfversprechen von Syriza zu finanzieren. Mittlerweile ist das Land durch einbrechende Steuereinnahmen, allgemeine Verunsicherung und massive Kapitalflucht auf ein neues Krisentief abgestürzt. Die aggressive Polit-Rhetorik gegenüber europäischen Partnerländern (und Geldgebern) hat zu schweren Vertrauensschäden geführt. Nötigungs- und Erpressungsversuche gehören zum alltäglichen Instrumentarium der Athener Populisten. Die an sich vornehm zurückhaltende FAZ versah einen Kommentar zur Drohung des griechischen Verteidigungsministers, im großen Stil illegale Einwanderer, darunter auch Terroristen, nach Berlin zu schicken, mit der Überschrift „Politganoven". Für Europa wird der Umgang mit dieser dreisten Dilettanten-Regierung zur Schicksalsfrage. Sollte sich das politische „Geschäftsmodell" von Herrn Tsipras durchsetzen, werden es andere südeuropäische Schuldenländer aufgreifen und damit die Gemeinschaftswährung endgültig ad absurdum führen.

Europäische „Solidarität"

Die neue griechische Regierung zieht alle propagandistischen Register, um ihr Land zum unschuldigen Opfer finsterer Mächte umzuschminken. Als bisheriger Gipfel der scheinheiligen Schuldverlagerung gilt die Behauptung, bei der Vergabe der gigantischen Rettungsgelder an Griechenland handele es sich um „ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit". Die Geberländer hätten sich wie „drittklassige korrupte Banker" verhalten. Ein solches Ausmaß an ideologischer Realitätsverweigerung und Legendenbildung ist in der europäischen Nachkriegsgeschichte ohne Beispiel. Konstruktiv ist dagegen das solidarische Verhalten der osteuropäischen Euro-Länder, die (bisher) die diversen Rettungsmaßnahmen für Hellas weitgehend klaglos mittragen. Das gilt insbesondere für die Slowakei, Tschechien, Slowenien sowie Estland, Lettland und Litauen, denen es wirtschaftlich deutlich schlechter geht als Griechenland. Das griechische Pro-Kopf-Einkommen lag im Jahr 2014 bei 16.500 EUR. Damit übertraf es den Vergleichswert der östlichen Mitgliedsländer um 42%. Gleichwohl sollen diese weiter zur Kasse gebeten werden. So soll der Rentner in Estland, der im Durchschnitt 350 EUR pro Monat erhält, jetzt dazu beitragen, dass die griechische Regierung ihren Senioren ein zusätzliches Weihnachtsgeld spendieren kann. Wenn es die EU zulässt, dass die wirtschaftlich schwächsten Euro-Länder ausgebeutet werden, um den Schlendrian in Griechenland zu finanzieren, verliert das System den letzten Rest an Glaubwürdigkeit.

Weichwährung

Der 9. März 2015 wird in die europäische Wirtschaftsgeschichte eingehen als Start eines Billionen-Experiments mit ungewissem Ausgang. Die EZB will bekanntlich die Märkte bis (vorerst) September 2016 mit monatlich 60 Mrd. EUR fluten, um die Wirtschaft im Euro-Raum zu beleben und die derzeit niedrige Inflationsrate auf einen Zielwert von etwa 2 % zu heben. Bundesbankpräsident Jens Weidmann beanstandet, dass das Euro-System durch den Ankauf von Staatsanleihen „zum größten Gläubiger der Staaten" werde, was die Verquickung von Geld- und Fiskalpolitik deutlich beschleunige. Ifo-Chef Sinn kritisiert die von der EZB betriebene Abwertung des Euro. Außerdem erleichtere das Programm den Staaten die unzulässige Verschuldung mit der Druckerpresse. Sinn weiter: „Bei 20% der Käufe werden faktisch Eurobonds durch die Hintertür eingeführt wegen der Haftungsgemeinschaft über die EZB." Tatsächlich ist der Euro-Kurs schon drei Tage nach dem QE-Start auf den niedrigsten Stand seit 2002 gefallen. Die Parität ist nur noch eine Frage der Zeit. Spekulanten setzen auf ein lange anhaltendes Zeitalter des schwachen Euro und wittern das Geschäft ihres Lebens. Trader werden mit Arbitragegeschäften (Carry Trades) gewaltige Profite machen. Fachleute rechnen damit, dass die Kapitalflucht aus der Euro-Zone nie zuvor gekannte Dimensionen erreichen wird. Die absehbare Zinswende in den USA dürfte den Euro weiter schwächen, die Abwanderung des Kapitals verstärken und den virtuellen deutschen Börsen-Hype möglicherweise schlagartig beenden. Es erscheint zunehmend fragwürdig, ob Herr Draghi wirklich weiß, was er tut.